

Die Regierung von Nicaragua [unter dem Vorsitz von Daniel Ortega](#) hat bestätigt, dass sie die entsprechenden Schritte unternehmen wird, um Deutschland, Kanada, die Niederlande und das Vereinigte Königreich vor dem **Internationalen Gerichtshof (IGH)** zu verklagen, weil sie Israels Kriegsverbrechen in Gaza durch Lieferungen unterstützt haben Waffen für die [israelische Armee](#) .

Die nicaraguanische Exekutive macht diese Länder „im Einklang mit dem Völkerrecht“ für „eklatante und systematische Verstöße gegen die Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermords, das humanitäre Völkerrecht und das Gewohnheitsrecht, einschließlich des Besatzungsrechts im besetzten Palästinensergebiet“, verantwortlich Gebiete, insbesondere den Gazastreifen.

[In einer offiziellen Erklärung](#) , die an die Führer der angeklagten Länder geschickt wurde, erinnert Nicaragua daran, dass Israels Vorgehen gegen Palästina den Internationalen Gerichtshof am 26. Januar [nach einer Beschwerde aus Südafrika](#) zu der Schlussfolgerung veranlasste , dass „zumindest einige der beanspruchten Rechte“ bestehen "plausibel".

Auf diese Weise fordert die Ortega-Regierung, dass der Internationale Gerichtshof [Teil der Klage Südafrikas gegen Israel](#) wegen des Vorwurfs des Völkermords an der palästinensischen Bevölkerung in Gaza ist.

Nicaragua fordert vom Gerichtshof außerdem vorläufige Maßnahmen, um die internationale Waffenlieferung an Israel zu stoppen. „Wenn es nach Ansicht des Obersten Gerichtshofs der Welt plausibel ist, dass im Gazastreifen ein Völkermord stattfindet, kann es nach Ansicht der internationalen Gemeinschaft nicht anders sein, die sich ebenfalls auf dramatische Weise der gleichen Ereignisse bewusst ist, die dazu geführt haben „Das Gericht kommt zu dieser Schlussfolgerung“, heißt es in der Erklärung.

Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, Deutschlands, der Niederlande und Kanadas werden außerdem aufgefordert, die Lieferung von Waffen, Munition, Technologie und Komponenten nach Israel „sofort“ zu stoppen, da dieses Material zur Begehung von Verstößen gegen die Völkermordkonvention verwendet werden könnte.

Auf diese Weise erinnert Managua diese Länder daran, dass „die Verpflichtung eines Staates zur Vorbeugung und die entsprechende Pflicht zum Handeln in dem Moment entstehen, in dem der Staat sich der Existenz einer ernsthaften Gefahr bewusst ist oder normalerweise hätte bewusst sein müssen.“ dass Völkermord begangen wird“.